

Antrag
auf wasserrechtliche Erlaubnis nach den §§ 8 - 13 Wasserhaushaltsgesetz (WHG)
für die Entnahme von Grundwasser zur Wasserhaltung

an: Landkreis Spree-Neiße
Untere Wasserbehörde
Heinrich-Heine-Str. 1
03149 Forst (Lausitz)

Antragsteller(in)/ ausführende Firma:

Name, Vorname, Firmenbezeichnung:

Straße, Nr.: _____

PLZ, Ort: _____

Ortsteil: _____

Telefon: _____

Bauherr(in):

Name, Vorname, Firmenbezeichnung:

Straße, Nr.: _____

PLZ, Ort: _____

Ortsteil: _____

Telefon: _____

Hiermit beantrage(n) ich (wir) die Erlaubnis gemäß den §§ 8 und 9 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) für:

die Entnahme von Grundwasser zur Wasserhaltung bei folgender Baumaßnahme:

_____ (weiter bei 1.)

die Wiedereinleitung des entnommenen Grundwassers

in ein Oberflächengewässer, Bezeichnung des Gewässers: _____
(weiter bei 2.)

in den Untergrund über Schluckbrunnen oder Injektionslanzen
(weiter bei 3.)

(Hinweis: Die Einleitung des entnommenen Grundwassers in die öffentliche Schmutz- und Mischwasserkanalisation ist gesondert nach Abwasserbeseitigungssatzung beim jeweiligen Abwasserbeseitigungspflichtigen zu beantragen.)

1. Grundwasserentnahme:

Betroffene Grundstücke:

Straße, Nr.: _____ PLZ, Ort: _____

Gemarkung: _____ Flur: _____ Flurstück(e): _____

Eigentümer, Anschrift: _____

Verfahren zur Grundwasserabsenkung: _____

Entnahmemenge: _____ m³/h, _____ m³/Tag

Dauer der Grundwasserentnahme: _____ Gesamtentnahmemenge: _____ m³

(Hinweis: Für die Grundwasserentnahme wird ggf. ein Wassernutzungsentgelt gem. § 40 Brandenburgisches Wassergesetz (BbgWG) erhoben.)

Geländehöhe (bezogen auf NN): _____ beabsichtigte Absenkungstiefe (bezogen auf NN): _____

Reichweite des Absenkungstrichters (Darstellung im Lageplan erforderlich): _____

im Bereich der Absenkung sind vorhanden:

- Buschwerk: Fläche: _____ m²
- Bäume (ggf. gesonderte Anlage anfügen) Art: _____ Anzahl: _____
- Gebäude (gemäß Darstellung im Lageplan)
- öffentliche Verkehrs-, Versorgungs- und Entsorgungsanlagen und sonstige Anlagen (gemäß gesonderter Beschreibung und Darstellung im Lageplan)

Es werden folgende Maßnahmen zur Beweissicherung getroffen: _____

2. Wiedereinleitung in ein Oberflächengewässer:

Einleitungsstelle (Darstellung im Lageplan erforderlich):

Betroffene Grundstücke:

Straße, Nr.: _____ PLZ, Ort: _____

Gemarkung: _____ Flur: _____ Flurstück(e): _____

Eigentümer, Anschrift: _____

Gewässer:

I. Ordnung, Bezeichnung: _____

II. Ordnung, Bezeichnung: _____

3. Wiedereinleitung in das Grundwasser:

Anzahl der Schluckbrunnen/ Injektionslanzen: _____ (Darstellung im Lageplan erforderlich)

Einleitmenge pro Schluckbrunnen: _____ m³/h, _____ m³/Tag

Ort, Datum

Unterschrift des Antragstellers

Hinweise:

Das Antragsformular ist vom Antragsteller unterschrieben und zusammen mit den nachfolgend aufgeführten Antragsunterlagen bei der unteren Wasserbehörde einzureichen.

Als Anlagen sind grundsätzlich erforderlich (jeweils in 2-facher Ausfertigung):

- Übersichtsplan (Stadtgebiet) mit Darstellung der Lage der Baumaßnahme
- Lageplan, möglichst maßstabsgerecht, mit eingetragener Baumaßnahme, Entnahmeanlage, Schluckbrunnen o. a. bzw. Einleitungsstelle ins Gewässer sowie von der Maßnahme betroffener Gebäude und sonstiger Anlagen
- hydraulische Berechnung der Grundwasserabsenkung
- Schichtenverzeichnisse des Untergrundes (soweit vorhanden)
- Beweissicherungsmaßnahmen (falls erforderlich Erläuterung der Maßnahmen)

Bei Einleitung in ein Oberflächengewässer:

- chemische Analyse des Grundwassers
- Zustimmung der Unterlieger
- ggf. Angaben zur Abwasservorbehandlung

Bei Einleitung in das Grundwasser:

- Hydraulische Bemessung der Schluckbrunnen oder Injektionslanzen

(Zur Beschleunigung des Verfahrens können weitere Ausfertigungen der Antragsunterlagen bzw. im Einzelfall weitere Unterlagen (wie z. B. baustatische Nachweise) durch die Genehmigungsbehörde angefordert werden)

Unterlagen zur Umweltverträglichkeitsprüfung

In folgenden Fällen ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich (laut Gesetz zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)):

		Entnahmemenge jährlich	erforderliche Unterlagen
1.	Standortbezogene Vorprüfung	ab 5.000 m ³	fachliche Bewertung zu den Kriterien nach Anlage 2 Nr. 2 zum UVPG
2.	Allgemeine Vorprüfung	ab 100.000 m ³	fachliche Bewertung zu den Kriterien nach Anlage 2 zum UVPG
3.	UVP-Pflicht	ab 10 Mio. m ³	im Einzelfall abzustimmen

Wenn im Rahmen der Vorprüfung die Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung festgestellt wird, sind weitere Unterlagen vorzulegen, da dann ein förmliches Verfahren erforderlich wird.